Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

108. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unsern Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert.

Berliner Redaktion: In den Zelten 17. Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 447.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. ✦ Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 5spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.50 M., Kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf. b. Wiederhol. Rab., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagen: Gesamtaufl. 3 M. das Tausend ausschl. Postgebühr.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Flegel, Berlin W 19 Margarethenstraße 8. Fernsprech-Anschluß: Lützow 9971.

Nr. 176. Dienstag, den 7. April. 1914.

Das Wichtigste.

* Zur Ermordung des Engländers Benton werden neue Nachrichten gemeldet. (S. Ausl.)

* Der Urheber des Attentats auf den Debrecziner Bischofspalast ist verhaftet worden. (S. Nachr. v. Tage.)

* Durch ein Großfeuer wurden in Greifenstein zwölf Häuser eingeäschert. (S. Nachr. v. Tage.)

* In Südbayern hat ein orkanartiger Sturm große Verheerungen angerichtet. (S. Nachr. v. Tage.)

Das ehrlichste Parlament der Welt.

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

Mit einer Nachtsitzung hat die übermüdete Kammer den Rochette-Skandal und zugleich ihre vierjährige Existenz beendigt. Was kam bei den vielfachen Anklagen, Geständnissen und Verteidigungsreden heraus? Eine Tagesordnung, so farblos und so leer, daß keiner der darin getadelten Parlamentarier, Gerichtsbeamten oder Finanziers sich darüber ein graues Haar wachsen zu lassen und für seine Zukunft Sorge zu tragen braucht. Der Untersuchungsausschuß hatte mit seinen ängstlichen Schlußfolgerungen der Kammer ihre Aufgabe der allgemeinen Vertuschung erleichtert.

Wie hätten auch diese Abgeordneten, die täglich von den Ministern Eingriffe in die Gerichtsbarkeit und jeden andern Gewaltmißbrauch verlangen, das „Verbrechen" ihrer gefälligen Freunde Monis und Caillaux hart verurteilen können! Nicht einmal die Wähler im Lande dürfen sich berufen fühlen, zugleich über der Straße entgangene Angeklagte und ihre zu faulen Richter ein ernstes Wort zu fällen. Drängen sie nicht, wo sie können, ihre Deputierten und Senatoren, das Gesetz zu ihren Gunsten umzudeuten oder Vorteile bei den Behörden für sich herauszuschlagen? Der geringste Straßenwärter und der höchste Offizier lassen sich von einem halben Dutzend Volksvertretern empfehlen; jeder Reservist, der einen Uebungsaufschub, jeder Weinfälscher, der einen Straferlaß zu erhalten wünscht, schickt seinen Deputierten zum Minister, und wehe, wenn der Deputierte nicht sofort geht oder keine Erfolge hat! Seine Wiederwahl steht auf dem Spiele.

Der Prozeß Rochette war der Prozeß eines ganzen Regimes. Nicht nur die republikfeindlichen Nationalisten und die revolutionären Sozialisten sagten es, auch Aristide Briand, der bis über beide Ohren mit in dem Sumpf steckte, verkündete es mit höchster oratorischer Leidenschaftlichkeit, wobei ihm der einmütige Beifall der Kammer Recht gab. Die französischen Parlamentarier sind sich vollauf bewußt, daß sie ihre eigenen Gefangenen und die Gefangenen ihrer Wähler sind, daß sie nicht etwa großen Ideen, sondern den individuellen Interessen jener, die ihnen ihre Stimme geben, zu dienen haben. Ob ihnen und der Republik das Heil von einem veränderten Wahlgesetz kommen wird, ist die Frage; die Listenwahl nach Parteien in sehr erweiterten Wahlkreisen würde jedenfalls die Tyrannei des einzelnen Wählers abschwächen.

Maurice Barrès, der von einem neuen Bonapartismus träumt, versicherte gestern: „Wir sind beim letzten Grade parlamentaristischer Fäulnis angelangt," woraus die reaktionäre Presse schließen zu dürfen glaubt, daß das Ende der Republik bevorsteht. Das ist genau so übertrieben, wie der Ausspruch des Sozialistenführers, dem die Präsidentenehre und die vielen Anklagen, die er vorzubringen hatte, auch ein beruhigendes und beglückendes Wort nötig erscheinen ließen. Jaurès sagte: „Auch die andern Länder haben ihre Skandale. Was ist der Rochette-Handel neben dem Marconi- und dem Krupp-Handel? Das französische Parlament ist noch immer das ehrlichste der Welt!" Wenn schon das französische Parlament selbstbewußt und erleichtert applaudierte, werden die übrigen Parlamente achselzuckend hierüber zur Tagesordnung übergehen dürfen. Jaurès vermag mit seinem roten Weihwasserwedel noch lange nicht die Erinnerung an Panama, die Geschichte der Angeberzettel und so manches andere auszulöschen. Womit nicht gesagt sein soll, daß unter den französischen Parlamentariern sich nicht viele ehrliche und ehrenwerte Leute befänden. Wer es noch nicht wußte, der würde gestern nach der Rede des Berichterstatters des Ausschusses, de Folleville, überzeugt worden sein. Dieser aristokratische Republikaner verteidigte die Beschlüsse der Kommission so leidenschaftslos, daß man ihm anmerkte, welche Eile er hatte, endlich von der ekeln Aufgabe befreit zu werden; er bestritt nicht, daß es Schuldige und sogar große Schuldige gegeben hat, aber er bat inständig zwischen den Zeilen, die Schwerverbrecher nur ja nicht zu hängen, weil ihre Henker den Strick aus den Fäden ihrer eigenen Schuld drehen müßten. Jaurès, der gleichem Ziel zustrebte, konnte nicht im selben Maße sein Temperament überwinden. Der „beklagenswerte Einflußmißbrauch", den er Monis und Caillaux vorwarf, klang in seiner Rede weit schlimmer, als in den von den radikalen Freunden der Exminister abgeschwächten Formeln. „Ein Ministerpräsident der Republik war von einem Schwindelbankier nur durch die moralische Dicke eines journalistischen Abenteurers getrennt." Als journalistischen Abenteurer bezeichnete er Dumesnil, den Direktor des „Rappel". Dumesnil hatte Rochette als ein Opfer hingestellt, und Caillaux vor Enthüllungen des Bankiers gewarnt, die auch größte Kreditinstitute schwer kompromittieren sollten. Natürlich hatte der „Rappel" von dem Prozeßaufschub nicht den geringsten Gewinn . . . Wenn auch in der Kammer jedermann überzeugt ist, daß weder Monis noch Caillaux selbst Vorteil von dem Eingriff in den Justizgang gehabt haben, erscheint es doch unverständlich, daß die Minister aus Angst vor einem erweiterten Finanzskandal dem Generalstaatsanwalt „die schwerste Demütigung seines Lebens" zugefügt haben sollten. Ein geheimes Motiv muß obgewaltet haben, das von allen Beteiligten sorgsam verschwiegen wird. Kommt es je an den Tag?

Die von Rochette 1911 in Druck gegebene und nicht veröffentlichte Schrift enthielt, wie Jaurès, der sie gelesen hatte, sagte, eine allerdings erschreckende Zusammenstellung der unter Mitwissen und teils auf Betreiben größter Kreditinstitute im Laufe von zehn Jahren erfolgten Schwindelgründungen, die an Schönheit hinter denen Rochettes nicht zurückstanden. „Frankreich hat dabei mehr verloren, als bei der Milliarden-Kriegsentschädigung an Deutschland nach dem Kriege!" rief Jaurès. „Im Mittelalter zogen die Raubritter von ihren Burgen ins Tal zum Plündern. Eine neue Landplage hat sich aufgetan: die Hochfinanz unternimmt aus ihren immer unverschämter aufsteigenden Hochburgen Raubzüge gegen den Wohlstand der Nation und die Ersparnisse der arbeitenden Bevölkerung. Vollzog das feudale Gesindel sein Handwerk offen beim Waffengeklirr und Hufegeklapper, arbeitet die neue Macht im geheimen, also um so gefährlicher, und schleicht sich überall ein, in die Justiz und Politik, bis hinauf in die höchsten Machtstellen." Diese sozialistischen Donnerworte gegen die Hochfinanz lösten großen Beifall auf sämtlichen Bänken aus, selbst auf denen, wo sehr bekannte Vertreter der Hochfinanz saßen . . .

Maurice Barrès und Delahaye forderten namens der Rechten, daß Monis und Caillaux dem allgemeinen Strafrecht überantwortet würden, weil der Artikel 179 des Code pénal jeden Druck auf Beamte zwecks Behinderung ihrer Obliegenheiten mit hohen Gefängnis- und Geldstrafen belegt. Zwei Parteifreunde von Jaurès, die Sozialisten Colly und Sembat, gingen noch weiter und verlangten die Einberufung der Haute-Cour. Jaurès frug, ob man sich die Aufgabe jener armen Berufsrichter vorstellen könne, die morgen über ihre höchsten Vorgesetzten, den Generalstaatsanwalt, den Justizminister und Ministerpräsidenten, urteilen sollten! Oder die Aufgabe der Geschworenen, jener zwölf durch das Los bestimmten Bürger, die schon in so vielen einfachen Rechtsfällen jeder Logik zuwiderhandelten und hier in einem finanzpolitischen Justizskandal einen klaren Blick gewinnen sollten, wo selbst die geübtesten Juristen des Parlaments ihr Latein verlören. Dieser von einem Sozialisten freimütig eingestandene Bankerott des bürgerlichen Gerichtsverfahrens gibt zu denken. Von der Haute-Cour aber wollte Jaurès durchaus nichts wissen. Seit Jahr und Tag treibe die Regierung offen Mißbrauch mit der Justizgewalt. Barthou und Briand hätten zu wiederholten Malen im ganzen Lande plötzlich die Leiter der Arbeitergewerkschaften verhaften lassen. Niemand könne behaupten, daß zugleich die Staatsanwälte von ganz Frankreich auf denselben Gedanken gekommen wären. Nachdem man die Syndikalisten monatelang im Gefängnis behalten habe, entlasse man sie oft ohne jedes Urteil, weil das angeblich antimilitaristische oder Streikkomplott nicht nachweisbar war. „Was sollen die Arbeiter davon halten, daß man für Politiker ein hohes Ausnahmegericht erfindet, dessen man sie nicht für würdig hält?"

Die Tagesordnung Renard, die „von den Feststellungen des Untersuchungsausschusses Akt nimmt, die mißbräuchlichen Interventionen der Finanz in die Politik, der Politik in die Justizverwaltung mißbilligt, die Notwendigkeit eines Gesetzes über die parlamentarischen Unverträglichkeiten bekundet und eine wirksamere Trennung der Machtbefugnisse zu sichern beschließt", bestätigt wohl den Tadel, den der Ausschuß vorgeschlagen hat, wird aber Briand nicht hindern, gemeinsam mit Clemenceau, mit dem er sich wieder ausgesöhnt haben soll, nach den Wahlen die Erbschaft Doumergues anzutreten — falls nicht etwa Viviani oder Delcassé zuerst an die Reihe kommen sollten. Doch fürs erste hat jetzt der Wähler das Wort! C. Lahm.

Einige Erinnerungen zur Wahl in Borna-Pegau.

Es wird uns geschrieben:

Der für jeden Nationalgesinnten bedauerliche Ausgang dieser letzten Reichstagsstichwahl wird von konservativer Seite zu den heftigsten Angriffen auf den Liberalismus und die Fortschrittliche Volkspartei benutzt. Wer Vorwürfe erhebt, muß selbst schuldlos sein, oder aber er kommt in den Verdacht, die Aufmerksamkeit von seinen eigenen Sünden durch Schimpfen auf andere abzulenken. Es ist historische Tatsache, daß Herr v. Liebert bei den Blockwahlen in den Reichstag gekommen ist, bei denen ein wirkliches Zusammengehen der bürgerlichen Parteien von den Konservativen bis zu den Fortschrittlern stattfand. Also ist damals Herr v. Liebert mit Hilfe der fortschrittlichen Stimmen gewählt worden, genau so, wie noch andere Konservative mit Hilfe fortschrittlicher Stimmen gewählt worden sind, und Fortschrittler mit Hilfe konservativer Stimmen. Ein Beweis dafür, daß ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien und ein Abziehen der auf der äußersten bürgerlichen Linken stehenden Wähler von der Sozialdemokratie wohl möglich ist.

Was geschah nun in der Folge? Der Block wurde gesprengt, es setzte der heftigste Angriff des Bundes der Landwirte und der Konservativen gegen den Liberalismus ein, und die letzten Reichstagswahlen fanden unter der von konservativer Seite ausgegebenen Losung statt: Zwischen der Rechten (Konservativen und Zentrum) und der Sozialdemokratie muß der Liberalismus aller Schattierungen zerrieben werden. Die Losung, bei Stichwahlen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten „Geweht bei Fuß" zu stehen, wurde von den konservativen Führern v. Heydebrand, von Wangenheim usw. ausgegeben und von den kleinen Führern im Lande getreulich befolgt. Der Erfolg war freilich kein Sieg des schwarzblauen Blocks, sondern wohl ein bedeutendes Anschwellen der Sozialdemokratie; aber doch auch eine genügende Standfestigkeit der liberalen Parteien, so daß eben das Ziel der konservativen Politik, eine Konservativ-klerikale Mehrheit im Reichstage zu schaffen, vereitelt wurde. Trotz dieses Mißerfolges blieb die konservative Partei im allgemeinen auf ihrer Taktik stehen. Noch am 4. März dieses Jahres verwahrte sich der Vorsitzende des Konservativen Vereins Plauen, daß die Konservativen des 23. (vogtl.) Reichstagswahlkreises bei den letzten Reichstagsstichwahlen für Günther eingetreten seien. Sie hätten den konservativen Wählern Stimmenthaltung empfohlen. So haben die Konservativen bei der letzten Reichstagswahl die fortschrittlichen Wahlkreise in Sachsen der Sozialdemokratie ausgeliefert und in den meisten übrigen Wahlkreisen Sachsens, in denen Nationalliberale mit den Sozialdemokraten in die Stichwahl kommen konnten, ihren Kampf in erster Linie gegen die Nationalliberalen gerichtet — absolut nicht gegen die Sozialdemokratie —, in der ausgesprochenen Absicht, nicht den nationalliberalen Kandidaten zum Siege gelangen zu lassen. Da die frühere Absicht, eine reine Majorität der Rechten im Reichstage zu erzielen, sich als unmöglich erwiesen hat, geht die neuere Taktik der Konservativen dahin, einen Keil zwischen die liberalen Parteien zu treiben in der Absicht, die Fortschrittliche Volkspartei vollständig in die Arme der Sozialdemokratie zu treiben. Sie wollen ihr gegenüber bei Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie keine Hilfe leisten, um so wenigstens diesen Teil des Liberalismus aufzureiben. Noch bei der diesjährigen Frühjahrstagung des Bundes der Landwirte im Königreich Sachsen in Dresden hat Dr. Oertel verkündet: „Sammlung der bürgerlichen Parteien mit Ausschluß der Fortschrittlichen Volkspartei". Ohne daß von den Konservativen in der Versammlung oder später in der Presse dagegen Stellung genommen worden wäre. Auch gegen die Aeußerungen und Handlungen des konservativen Vorsitzenden des Plauenschen Reichstagswahlkreises hat sich keine Stimme in der konservativen Presse erhoben oder ist von der konservativen Parteileitung eingegriffen worden. Nach den letzten Reichstagswahlen schrieb das konservative Parteiorgan „Das Vaterland" frohlockend: „Hinweggefegt ist die Fortschrittliche Volkspartei!" Wen aber hatten die Konservativen dafür in den Reichstag gebracht? Sozialdemokraten!

Wenn dann aber fortschrittliche Wähler kurz darauf in Borna-Pegau bei der Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten zu Hause bleiben, so erhebt man ein großes Geschrei von derselben konservativen Seite über mangelnde nationale Gesinnung und bürgerlichen Gemeinsinn. Wir verurteilen sowohl die Haltung dieser Fortschrittler wie der Konservativen; aber die Konservativen sind die letzten, die nach solchen notorischen Tatsachen berechtigt wären, Anklagen zu erheben. Von ihnen heißt es: Sie sehen den Splitter in ihres Bruders Auge und nicht den Balken in ihrem eigenen Auge."

Doch die Hauptsache ist, daß man jetzt von dieser Seite auf die Fortschrittliche Volkspartei nur deshalb losschlägt, um auch für die Zukunft einen Vorwand zu haben, bei Stichwahlen zwischen Fortschrittlern und Sozialdemokraten den letzteren zum Siege zu verhelfen. Und wie soll dann das bei den nächsten Reichstags- und Landtagswahlen werden? Man führt auf konservativer Seite „staatserhaltende Gesinnung, Nationalgefühl und bürgerlicher Gemeinsinn" im Munde und will trotzdem die bürgerliche Linke vom Bürgertum absplittern! Das ist eine von einseitigstem Parteiinteresse diktierte Taktik.

Der Erfolg der von konservativer Seite jetzt wieder angestrebten Kartellpolitik (Konservative und Nationalliberale gegen Fortschritt und Sozialdemokratie) war, daß Sachsen zum „roten Königreich" wurde. Als man die Fortschrittliche Volkspartei bei den Blockwahlen zu den bürgerlichen Parteien herüberzog, kamen die erfreulichen Ergebnisse der Blockwahlen, so daß sogar der König rief: „Es ist eine Lust, zu leben!" Diesen erfreulichen Zustand haben die Konservativen zerstört und wollen ihn dauernd unterbinden. Die Blockwahlen, wie die letzte Landtagsersatzwahl Großschönau-Ebersbach, zeigen aber, daß nur durch eine wirklich bürgerliche Gemeinbürgschaft einschließlich der Fortschrittlichen Volkspartei bei den Stichwahlen, besonders in Sachsen, gegen die Sozialdemokratie anzukämpfen ist ohne Ausschluß irgendeiner bürgerlichen Partei. R. L.

Geburten und Aufwuchs.

D. L-C. In der gegenwärtig noch immer sehr lebhaften Diskussion über den Rückgang der Geburtenziffern in Deutschland, der von Politikern und Nationalökonomen als ein bedrohliches Zeichen angesehen wird, ist von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß es sich hier um eine Erscheinung handle, die mit dem Rückgang der Säuglingssterblichkeit zusammenhänge. Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit, der in den letzten Jahren sehr stark gewesen ist, hat zur Folge, daß die Kinder am Leben erhalten werden, und somit Veranlassung zu neuen Geburten wegfällt. Diese von hervorragenden Statistikern und Volkswirtschaftlern, so u. a. erst kürzlich wieder von v. Schmoller bestätigte Auffassung, findet durch eine statistische Berechnung eine weitere Unterstützung, die zuerst der Direktor des Kgl. Sächsischen Statistischen Landesamtes Dr. Würzburger aufgestellt hat, und die eine Zählung der am Leben Gebliebenen durch die ersten Kinderjahre hindurch vornimmt, um dann die sogenannte „Aufwuchsziffer" festzustellen. Man sagt sich, daß, wenn eine große Zahl der in einem Jahre geborenen Kinder durch die ersten, durch Krankheit am meisten gefährdeten Kindesjahre hindurchkommen, der Rückgang der Geburtenziffer vorerst wenigstens keine bedrohliche Erscheinung sein kann. Tatsächlich hat auch die von Würzburger ausgeführte Zählung das höchstüberraschende Resultat, das im Jahre 1908 zwar 9000 Kinder weniger als 1903 lebend geboren wurden, daß aber trotzdem der Geburtenjahrgang 1908 im Vergleich mit 1903 ein Mehr von 2100 in das 4. Lebensjahr eintretenden Kinder geliefert hat, als der Jahrgang 1903, d. h. also, daß es gelungen ist, von den Geburten des Jahrganges 1908 so viel Kinder am Leben zu erhalten, daß dadurch ein größerer Zuwachs erzielt worden ist, als von den Geburten des Jahres 1903, obgleich in diesem Jahre eine viel höhere Geburtenziffer vorhanden war.

Diese Berechnung ist neuerdings auch in einigen Bezirken Bayerns aufgestellt worden und hat dort dasselbe Ergebnis gezeitigt. In einem Referat, das Ministerialdirektor Dr. Zahn in einer Sitzung des Bayrischen Statistischen Beirates über „Fruchtbarkeits- und Aufwuchsverhältnis der bayrischen Bevölkerung" gehalten hat, wurde an statistischen Kartenbildern gezeigt, wie in einer Reihe von bayrischen Bezirksämtern bei einem sehr großen „Bruttoaufwand" von Geburten — wegen gleichzeitig hoher Säuglingssterblichkeit — vielfach nur das gleiche Nettoergebnis an Aufwuchs von zweijährigen Kindern erzielt wird, als in Bezirken mit bloß mittelhoher ehelicher Fruchtbarkeit, aber niedriger Säuglingssterblichkeit. Typisch für den erstgenannten Fall ist Niederbayern, für den zweiten die Pfalz. Beispielsweise wurde im Durchschnitt des Jahrfünfts 1908/12 für die Pfalz eine Fruchtbarkeit von 135 pro Mille (d. h. 135 Geburten jährlich auf 1000 gebärfähige Frauen) ermittelt, für Niederbayern dagegen eine solche von 162 pro Mille; mithin beträgt die Spannung zugunsten Niederbayerns 27 pro Mille. Wartet man aber den bevölkerungsmehrenden Erfolg, das Nettoergebnis, dieser so verschiedenen Fruchtbarkeitsziffern nur ein Jahr ab, so berechnet sich für die Pfalz ein Aufwuchs an einjährigen Kindern von 111 pro Mille, für Niederbayern ein solcher von 115 pro Mille. Die Spannung von ursprünglich 27 pro Mille hat sich also bereits nach einem Jahr auf 4 pro Mille erniedrigt; nach einem weiteren Jahr beträgt sie nur mehr 2 pro Mille, indem die Aufwuchsziffer für zweijährige Kinder sich in der Pfalz auf 108, in Niederbayern auf 110 pro Mille beläuft. Hohe Fruchtbarkeit ist eben vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nur wertvoll, soweit sie mit mäßiger Säuglings- und Kindersterblichkeit gepaart ist. Erfreulicherweise haben sich dank der rationelleren Säuglingspflege der letzten Jahre die Verhältnisse auch in Bayern wesentlich gebessert. So ergibt sich aus der einschlägigen neuesten Untersuchung des Statistischen Landesamtes, daß heute — trotz geringerer Gebartenzahl — mehr Kinder das schulpflichtige und erwerbsfähige Alter erreichen, als beispielsweise noch in den neunziger Jahren.

Politische Uebersicht

Spionage und Sozialdemokratie.

„Von dem Reichsgericht in Leipzig sind Donnerstag drei verelendete Lumpenproletarier, die die kapitalistische Gier, auf jede Art zu Geld zu kommen, in Vergehen und Verbrechen gestürzt hatte, zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden." — So beginnt der „Vorwärts" einen „Spionage" überschriebenen Leitartikel, der das landesverräterische Treiben jener drei Schurken in unglaublicher Weise beschönigt. Beschönigungszwecken dient es schon, wenn das sozialdemokratische Zentralorgan die von der eigenen Partei längst zum alten Eisen geworfene Verelendungstheorie wieder aufwärmt, um die Landesverräter als Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinzustellen. Beschönigungszwecken dient es auch, wenn der „Vorwärts" als Triebfeder der Landesverräter „kapitalistische Gier" nennt. Aber diese Beschönigungsversuche werden vollständig in den Schatten gestellt, durch einen